

P 130/2003 (BJD)

**Postulat Christina Tardo (SP, Subingen): Kurz- und mittelfristige Massnahmen zur Bekämpfung von Sommersmog, insbesondere Ozon (02.09.2003)**

Der Regierungsrat wird aufgefordert zu prüfen, welche kurz- und mittelfristigen Massnahmen, die in der Kompetenz des Kantons stehen, veranlasst werden können um in den Schönwetterperioden die Ozonwerte unter dem Grenzwert von 120 µg/m<sup>3</sup> zu halten. Zudem wird der Regierungsrat aufgefordert, seinen Einfluss in eidgenössischen Gremien geltend zu machen und weiterführende Massnahmen auf Bundesebene zu verlangen.

*Begründung (02.09.2003):* schriftlich

Vor einigen Jahren hat der Kantonsrat ein Postulat, welches Massnahmen zur Verringerung des Ozongehaltes verlangte, hauptsächlich mit der Begründung, dass es keine kurz-, sondern längerfristige überregionale Ansätze brauche, abgelehnt. Leider hat sich seither die Situation nicht verbessert, sondern im Gegenteil in diesem Jahr im Zuge der grossen Hitze sogar noch verschlechtert. Während mehreren Wochen wurde der gesetzliche Grenzwert von 120 µg/m<sup>3</sup> Ozon (der eigentlich nur während einer Stunde pro Jahr überschritten werden dürfte) täglich für mehrere Stunden überschritten. Das AfU und weitere kantonale Stellen sind sich zwar der Problematik bewusst, können aber ohne politischen Auftrag keine weiterführende Massnahmen verhängen. Die von ihnen vorgeschlagenen Massnahmen beschränken sich daher auf reine Symptombekämpfung und setzten grossmehrheitlich bei den Opfern des Ozons (drin bleiben, keine sportliche Betätigung tagsüber, etc.) und nicht bei den Verursachern an.

Gerade Kinder, die durch die erhöhten Ozonwerte aus biologischen Gründen verstärkt gefährdet sind, verstehen in der Regel nicht, wieso ihnen im Sommer das Spielen und Herumrennen draussen verboten werden soll. Personen, welche von sich aus etwas gegen den Sommersmog unternehmen und im Sommer das Velo als Transportmittel nutzen, erfahren dadurch erst recht die negativen Einflüsse des Ozons an ihren Atemwegen und Augen. Auch Personen, die im Freien einer körperlichen Arbeit nachgehen (z.B. Bauarbeiter), können das ozonbedingte Gesundheitsrisiko nicht umgehen.

Es gilt deshalb zu prüfen, welche kurzfristig durchführbaren Massnahmen, wie zum Beispiel zeitlich begrenzte tiefere Tempolimiten (analog der vom Kanton Tessin verhängten Beschränkung auf 80 km/h auf Autobahnen), Einschränkungen des MiV oder Tarifierleichterungen im öV während der Sommermonate, im Kanton Solothurn ergriffen werden können, um die Ozonwerte in zukünftigen Sommern unter dem Grenzwert zu halten. Für diesen Sommer kommen die Massnahmen zu spät – der nächste Sommer kommt aber bestimmt. Zudem sollen auch mittel- und langfristige Massnahmen jetzt geplant und angegangen werden – wenn möglich in Koordination mit anderen Kantonen – die präventiv dazu führen sollen, dass die kurzfristigen Massnahmen nicht mehr nötig sein werden.

Der Regierungsrat soll zudem seinen Einfluss auf nationaler Ebene, z.B. bei Vernehmlassungsverfahren oder in überkantonalen Arbeitsgruppen geltend machen, um eine langfristige Verbesserung der Luftqualität zu erreichen. Dies, um den nicht-kantonal beeinflussbaren Faktoren gerecht zu werden.

*Unterschriften:* 1. Christina Tardo, 2. Rosmarie Eichenberger, 3. Hans-Jörg Staub, Rudolf Burri, Marianne Kläy, Monika Hug, Niklaus Wepfer, Jean-Pierre Summ, Georg Hasenfratz, Walter Schürch, Urs Wirth, Lilo Reinhart, Barbara Banga, Heinz Bolliger, Heinz Glauser, Urs Huber, Martin Straumann, Thomas Woodtli, Peter Gomm, Clemens Ackermann, Caroline Wernli Amoser, Ruedi Lehmann, Reiner Bernath, Silvia Petiti, Lonni Hess, Stefan Hug, Beatrice Heim, Urs W. Flück, Magdalena Schmitter Koch, Andreas Bühlmann. (30)